

und macht ihn wichtiger, als er ist. Kirche hat es nicht nötig, sich gegen jeden unflätigen Anwurf zu rechtfertigen oder sich darob zu bedauern. Sie hat als Glaubensgemeinschaft genügend humane Substanz. se

Mahnung

EKD-Stellungnahme zum Klimaproblem

„Das Prinzip einer vernünftigen Vorsorge verlangt schützende Vorkehrungen auch vor nur möglich erscheinenden Gefahren, besonders dann, wenn viele ernstzunehmende Anzeichen auf sie hinweisen und die Gefahr von nicht umkehrbaren Folgen droht“ – so lautet ein Kernsatz aus der Studie „Gefährdetes Klima – unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung“, die im Vorfeld der dieser Tage in Berlin stattfindenden 1. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen vom Beirat des Beauftragten des Rates der EKD für Umweltfragen vorgelegt wurde.

Im Expertenstreit über die Wahrscheinlichkeit künftiger Klimaveränderungen mit einschneidenden Folgen für das Leben auf der Erde bezieht die Studie nicht Partei. Vielmehr hält sie nüchtern fest, wissenschaftlich sei heute nicht sicher vorhersehbar, welche Rückwirkungen die primäre Erwärmung im Ökosystem Erde auslöse; mit noch geringerer Sicherheit und Genauigkeit ließen sich regionale Auswirkungen auf das Wetter und andere Lebensbedingungen vorhersagen. Aber gleichzeitig gilt für die Autoren: „Mit der derzeitigen Emission von Treibhausgasen manipuliert die Menschheit an einem globalen Umweltparameter von ungeheurer Tragweite.“

Zum einen listet der Text die verschiedenen konkreten Problemfelder auf, auf denen heute im Interesse der Schadensbegrenzung angesichts der Klimafährdung ein Umdenken beginnen müsse: Möglichkeiten zur CO₂-Minderung beim Umgang mit Energie, Ein-

sparpotentiale bei der Raumwärme, Förderung regenerativer Energiequellen, Veränderungen im Mobilitätsverhalten, Reduktion der klimaschädigenden Emissionen in der Landwirtschaft, Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Nord und Süd. Zum anderen stellt er das grundsätzliche Problem heraus, das sich im Zusammenhang mit den absehbaren bzw. wahrscheinlichen Klimaveränderungen stellt. Wie läßt sich erreichen, daß die einzelnen Menschen wie die politisch Verantwortlichen über den Tellerrand des Tagesgeschäfts hinausschauen und längerfristige Perspektiven in ihr Handeln einbeziehen?

Hier sieht die Studie eine wichtige Aufgabe für die Kirche. Sie sollte „der zurückgedrängten Einsicht in die Notwendigkeit einer kurzfristigen Reaktion auf eine langfristige Bedrohung so Geltung verschaffen, daß sie die Spielräume für eine diesem Problem angemessene Politik erweitern hilft“. Der Text bezeichnet die Kirche als eine wichtige gesellschaftliche Organisation, die unterschiedliche Interessen übergreife und als Anwalt derer Gehör finde, die wie die nachfolgenden Generationen keine politisch oder gesellschaftlich wirksame Stimme hätten.

An anderer Stelle heißt es, anders als die Parteien müßten und könnten die Kirchen der Bevölkerung die Augen für die Konsequenzen der aus Klimaschutzgründen geforderten Veränderungen ihrer Lebensweise öffnen: Fühlbare Einschränkungen und wirkliche Einbußen an erreichtem materiellem Lebensstandard und die Aufgabe von Besitzständen. In den Kirchen sei noch die Vorstellung lebendig, „daß die Lebensqualität nicht von einem hohen Lebensstandard abhängig ist“.

Im Vorwort zu der Studie schreibt der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Klaus Engelhardt, diese sei kein abschließendes Wort der Evangelischen Kirche in Deutschland, sondern ein Impuls für das weiterführende Gespräch über Strategien und Maßnahmen gegen die drohenden Gefahren für unser Erdklima. Dabei müsse man auch in der Kirche das Gespräch für

unterschiedliche Positionen offen halten. Damit ist nicht gesagt, daß die Kirche in ihrem eigenen Verantwortungsbereich nicht schon entsprechende konkrete Maßnahmen ergreifen könnte: Die Studie nennt hier etliche Beispiele und fordert die Landeskirchen und ihre Werke insgesamt auf, sich ein ähnlich anspruchsvolles CO₂-Reduktionsziel wie die Bundesregierung vorzunehmen.

Es bleibt gerade angesichts dieser Klima-Studie aus der EKD die Frage, ob der gesellschaftliche Einfluß der Kirche noch so groß ist, wie es der Text annimmt bzw. zumindest hofft. Sie kann und muß zwar an ihre Gläubigen wie an die Politiker appellieren und die Fachdiskussion möglichst kompetent verfolgen und auswerten. Aber auch sie weiß keinen Königsweg angesichts des Spannungsfelds von individueller Verhaltensänderung, mühsamer politischer Kleinarbeit und teilweise widersprüchlichen gesellschaftlichen Trends. ru

Spaltung

Italiens Katholiken werden sich umstellen müssen

Im Schatten der turbulenten Märzereignisse, wo die italienische Lira wegen der instabilen innenpolitischen Verhältnisse in den Währungskeller rutschte und Ministerpräsident Alberto Dini mit seinem Technikerkabinett bis zum letzten Augenblick um die finanzpolitisch zwingend notwendige Verabschiedung eines Nachtragshaushalts von rund 17 Mrd. DM bangen mußte, spielte sich unter den ehemaligen Christdemokraten, den heutigen Popolari, eine parteipolitische Tragödie ab mit einer Szenenfolge, die italienische Kommentatoren nicht zu Unrecht mit kirchlich-politischen Machtkämpfen des Mittelalters (mit Papstwahl, Papstabsetzung und Gegenpapstwahl, mit Spaltung von Kirche und Reich) vergleichen haben.